

369



**Der  
Freiheits-  
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für  
Österreichs Freiheit**

73. Jahrgang – Nr. 73 – Sept. 2024

## Gedenktafel für Carl Szokoll

---

## Gedanken zur Nationalratswahl

---

## Exkursion nach Berlin

---

Foto: BMAW/Enzo Holey



BM Dr. Martin Kocher, Dr. Richard Szokoll (Sohn von Carl Szokoll) und Mag. Eva Landrichtinger (Generalsekretärin im BMAW)  
Enthüllung der Gedenktafel am 16. Juli 2024 am Regierungsgebäude, Stubenring 1



## Worte des Chefredakteurs

Neben den gleichgebliebenen Einleitungsworten findet Ihr/ finden Sie ein neues Bild. Mein Name Paul Mychalewicz kam in der letzten Nummer des „Freiheitskämpfers“ in der Buchbesprechung von Walter Tancsits „Der bürgerliche Widerstand Gegen das NS-Regime“ vor. Es freut mich, die neue Nummer unserer Zeitschrift vorstellen zu dürfen. Als erstes gilt es, dem bisherigen Chefredakteur Mario Strigl für die erfolgreiche Tätigkeit in den letzten Jahren zu danken. Er ist er uns diesmal als Autor eines Beitrags über eine Berlinreise zum Gedenken an die Opfer des 20. Juli 1944 erhalten geblieben.

Gedenken ist auch ein Schwerpunkt der neuen Ausgabe. Carl Szokoll bekam in Wien nunmehr eine deutlich sichtbare Gedenktafel und nicht bloß eine gut versteckte. Robert Bernardis wurde diese Ehre in Innsbruck überhaupt erstmals zuteil. Kürzlich in die Ewigkeit vorangegangen ist uns Edith Schwarz, die letzte verbliebene Widerstandskämpferin der Kameradschaft. Sie stand im 103. Lebensjahr. Anderer Widerstandskämpfer gedacht wird nunmehr regelmäßig im Rahmen der Serie „Gedenksteine“. Historische Artikel mit aktuellem Bezug können wir nunmehr in jeder Nummer von Walter Tancsits lesen. Selbstverständlich finden sich in der aktuellen Ausgabe auch „Gedanken zur Nationalratswahl“.

*Euer Paul Mychalewicz*



ÖVP-Bund

## Interview mit Bundeskanzler Karl Nehammer

**In Österreich engagieren sich unzählige Freiwillige bei Vereinen oder anderen ehrenamtlichen Organisationen. Was kann die Politik für sie machen?**

Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, leisten unbezahlbare Dienste für unsere Gesellschaft. Die Ehrenamtlichen sind Herz und Seele unseres Staates und des Gemeinwohls. Für die Zukunft wünsche ich mir beispielsweise Zuschüsse und Anreize, wenn Unternehmen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ehrenamtliche Tätigkeiten freigeben. Das habe ich auch in meinem Österreichplan klar dargelegt.

**Seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine dominieren die Themen Frieden und Sicherheit. Was kann Österreich als vergleichsweise kleines Land in der EU beitragen, dass es wieder Frieden in Europa gibt?**

Österreich ist militärisch neutral, aber niemals moralisch. Wir verurteilen Terrorismus oder

Kriegstreiberei und tragen auch alle Sanktionen gegen Russland umfänglich mit. Denn die Neutralität heißt für uns, Brückenbauer zu sein, alles zu tun, um dem Frieden näher zu kommen und für den Dialog einzutreten. Österreich hat eine aktive Rolle in der Welt. Wir haben eine lange Geschichte als Ort des Dialoges.

**Wie schätzen Sie Ihre Chancen für die Nationalratswahl ein?**

Bei der kommenden Wahl geht es darum, die Weichen für die nächsten Jahre zu stellen. Österreich braucht eine Politik der Mitte – und keine Radikalen, die vieles versprechen, aber nichts halten können. Ich bin überzeugt, dass wir die besten Ideen für die Zukunft haben. Wir sind die einzige Partei in Österreich, die die Interessen von allen Teilen der Bevölkerung abbildet. Wir heißen nicht umsonst Volkspartei. Wer also eine faire Zukunft möchte, in der an alle Teile unserer Gesellschaft gedacht wird, der schenkt im September der Volkspartei und mir als Bundeskanzler das Vertrauen. ■

# ÖSTERREICHISCHER WIDERSTAND GEGEN DAS NS-REGIME IM REGIERUNGSGEBÄUDE

Das Regierungsgebäude war von 1938 bis 1945 zentrale Schaltstelle im Wehrkreiskommando XVII – zuständig für die militärische Sicherheit in den heutigen Bundesländern Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und dem nördlichen Burgenland. Als solches diente es der Wehrmachtsjustiz als Instrument der NS-Gewaltherrschaft, gegen die sich ab 1943 Widerstand formierte. In dessen Zentrum rückte Carl Szokoll (1915-2004).

## Carl Szokoll

Seit 1936 Berufssoldat im österreichischen Bundesheer, wurde Carl Szokoll als junger Leutnant nach dem „Anschluss“ in die deutsche Wehrmacht übernommen und diente als Frontsoldat in Polen und Frankreich. Im Elsaß am Trommelfell schwer verletzt, war er ab 1941 nur mehr für den Garnisonsdienst tauglich. In der Folge zum Hauptmann befördert, übte er ab 1943 die Funktion eines Ordonanzoffiziers aus, zuständig für die Beschaffung des XVII. Armeekorps. In dieser Funktion bezog er ein Büro im heutigen Regierungsgebäude.

## „Operation Walküre“

Szokolls Tätigkeit brachte ihn mit regimiekritischen Offizieren in Kontakt, worauf er sich dem militärischen Widerstand gegen Hitler anschloss. Dessen Aktivitäten mündeten in die „Operation Walküre“, die das Ziel hatte, nach der Tötung Adolf Hitlers die Kontrolle über den NS-Machtapparat zu übernehmen, um den Zweiten Weltkrieg rasch zu beenden. Auf Basis von Anweisungen des Oberstleutnants im Generalstab Robert Bernardis wurde Szokoll mit der Aufgabe betraut, die Operation in Wien zu organisieren, was ihm nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 auch vollständig gelang: Die Wehrmacht übernahm in Wien für vier Stunden die Kontrolle über den NS-Machtapparat. Jedoch überlebte Hitler das Attentat und die gesamthafte Umsetzung der Operation scheiterte. Szokolls Rolle blieb den NS-Schergen verborgen.

## „Operation Radetzky“

Als die „Rote Armee“ Ende März 1945 immer näher an die vormaligen österreichischen Grenzen heranrückte, entschloss sich Szokoll erneut zu handeln. Gemeinsam mit Gesinnungsgenossen in der Wehrmacht entwarf er die „Operation Radetzky“. Deren Ziel war es, den be-

vorstehenden Kampf um Wien möglichst zu verkürzen. Szokolls zentrale Rolle begünstigte der Umstand, dass er mit der Ausarbeitung eines Plans zur Verteidigung Wiens beauftragt worden war. Im Auftrag von Szokoll nahmen Mitstreiter am 2. April 1945 mit dem Stab der 9. Garde-Armee der 3. Ukrainischen Front in Hochwalkersdorf Kontakt auf, um Vorschläge für das weitere operative Vorgehen zu überbringen. In der Nacht vom 5. auf den 6. April nahm die Ausführung des Plans zunächst seinen geplanten Gang. Doch die Operation war verraten worden, was Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke das Leben kostete. Sie wurden als „Verräter“ gehängt, Szokoll gelang die Flucht. Trotz der Aufdeckung des Plans erfüllte dieser teilweise seinen Zweck: Die Kommandeure der zur Verteidigung Wiens abkommandierten SS-Divisionen gingen von einer breiten Unterwanderung der Wehrmacht durch den Widerstand aus und gaben den Kampf um Wien daher relativ rasch auf.



## Späte Würdigung

Szokolls Kampf gegen das NS-Regime erfuhr erst eine späte Würdigung. 1985 erhielt er das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, 2003 wurde er zum Bürger ehrenhalber der Stadt Wien ernannt. Posthum wurden 2005 der Innenhof des österreichischen Verteidigungsministeriums in Carl-Szokoll-Hof und 2008 in Wien-Alsergrund der Carl-Szokoll-Platz nach ihm benannt. Am Ort seiner militärischen Ausbildung in Wiener Neustadt erhielt ein Park seinen Namen. Mit seiner Beteiligung an den Operationen „Walküre“ und „Radetzky“ stand er für jene Vorleistungen für die Existenz eines unabhängigen, freien Österreichs, die die Alliierten in der Moskauer Deklaration von 1943 eingefordert hatten.

# Österreichs Erfolg im Kampf gegen den Nationalsozialismus

**Im Juli 1934 wurde der von Adolf Hitler angeordnete Putsch der Nationalsozialisten in Österreich niedergeschlagen. Damit konnte der jetzt nur mehr vom Deutschen Reich angestrebte Zwangsanschluss für fast vier Jahre verhindert werden. Weiters wurde durch den erfolgreichen Abwehrkampf der schon angelaufene Staatswiderstand Österreichs bestätigt und eine Vielzahl von abwehrbereiten Menschen gewonnen, welche dann von 1938 bis 1945 auch einen erheblichen Anteil am Widerstand hatten.**

**S**elbst innerhalb der Kameradschaft der politisch Verfolgten wird der Ausdruck „Erfolg“ in Bezug auf Österreichs Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf Verwunderung stoßen. Gedenkt man doch – völlig zu Recht – der vielen Opfer der Nazi-Diktatur in der besetzten „Ostmark“ und insbesondere der brutalen Behandlung von Männern und Frauen, die Widerstand leisteten, dazu bereit waren oder oft auch nur Gespräche darüber führten. Dass der Widerstand gegen Hitler in Österreich – parallel zur Machtübernahme im Deutschen Reich – schon 1933 begann, wird historisch viel zu wenig beachtet. Auch wird wenig bedacht, wie viele Widerständler in dieser Zeit motiviert wurden. Ebenso dass die NS-Herrschaft in Deutschland zwölf Jahre und in Österreich sieben Jahre dauerte.

Im Jänner 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt und nach der neuerlichen Wahl am 5. März 1933 vollendete er die Machtübernahme mit einer verstärkten relativen Mehrheit. Damit wurden im Deutschen Reich demokratisch-parlamentarische Veränderungen verhindert und ganz offen eine solche Entwicklung auch für Österreich gefordert. Die Selbständigkeit des Staates wurde nicht anerkannt und die Vorgänge als innerdeutsche Angelegenheiten

bezeichnet. So wie im Deutschen Reich wollte man auch in Österreich mit relativen Mehrheiten bei Wahlen die Macht gewinnen. Nazi-Erfolge bei einzelnen Landtags- und Gemeinderatswahlen ließen daher eine ähnliche Entwicklung durchaus befürchten. Auch der Nazi-Terror war zu diesem Zeitpunkt für alle, die es sehen wollten, schon klar zu erkennen, setzte doch die Flucht von NS-Gegnern und verfolgten Juden insbesondere auch nach Österreich, schon zu diesem Zeitpunkt ein.

## Hitlers Niederlage in Österreich

Österreichs Bundesregierung änderte daher mit der Machtübernahme Hitlers ihren bis zu diesem Zeitpunkt durchaus deutschfreundlichen Kurs. Ein Beitritt zum föderalen Rechtsstaat Deutsches Reich nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde von nahezu allen politischen Kräften – mit Ausnahme der Legitimisten – vertreten. Noch 1931 wurde gemeinsam eine Zollunion angestrebt, die aber von den alliierten Siegern des Weltkriegs untersagt wurde. Nun hieß es jedoch, Nazi-Wahlerfolge zu verhindern und sich klar zur Bewahrung der Selbständigkeit Österreichs zu bekennen. Dies wiederum führte zu Terroranschlägen und -morden der Nationalsozialisten im Inland sowie zum wirtschaft-

lichen Druck des Deutschen Reichs. Am 19. Juni 1933 wurde daher die NSDAP mit allen ihren Unterorganisationen in Österreich verboten. Wahlen wurden – vorerst bis Ende Oktober 1933 – ausgesetzt und mit der Sozialdemokratie wurden Verhandlungen bezüglich einer Verfassungsreform geführt, welche letztendlich aber nicht erfolgreich waren. Mit der Vaterländischen Front wurde eine politische, aber überparteiliche, Organisation für die Bewerbung eines selbständigen Österreich geschaffen.

Am 25. Juli 1934 begann der Putschversuch der Nationalsozialisten, wie der Geschichtsautor Kurt Bauer belegt, nicht nur mit Wissen, sondern aufgrund einer Anordnung Hitlers. Eine mit Heeresuniformen getarnte SS-Gruppe drang ins Bundeskanzleramt ein und wollte die ganze Regierung gefangen nehmen. Eine andere Gruppe wollte zeitgleich den Rundfunk (RAVAG) einnehmen, um die Machtübernahme zu verkünden. Am Ballhausplatz befanden sich jedoch nur mehr Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und Minister Emil Fey, da der Regierungschef die anderen Regierungsmitglieder auf einen Verdacht hin in ihre Ministerien beordert hatte. Es ist bekannt, dass der Bundeskanzler von Putschisten erschossen wurde. Letztlich wurden die Teilnehmer am Nazi-Putsch aber aus dem Kanzleramt und dem Rundfunk vertrieben bzw. gefangen genommen. Gleichzeitig fand aber in vielen Teilen Österreichs ein bewaffneter Aufstand der SA statt, welcher die Machtergreifung absichern sollte, und zwar in Salzburg, Steiermark, Kärnten und Oberösterreich. Polizei, Gendarmerie, Heimwehr

und Bundesheer schlugen den Aufstand in diesen Bundesländern und eben in Wien nieder. Der Kampf kostete 105 Abwehrkämpfern das Leben, prominentestes Opfer war wohl Bundeskanzler Engelbert Dollfuß.

Der tragische, aber erfolgreiche Abwehrkampf Österreichs im Juli 1934 führte zu hoher internationaler Anerkennung. Mit italienischen Truppen an der Brennergrenze wurde Hitler signalisiert, dass die Alliierten einen deutschen Einmarsch in Österreich nicht zulassen würden. (Italien hat bekanntlich erst zwei Jahre später die Seiten gewechselt.) Großbritannien und auch das links regierte Frankreich hatten schon vorher den Unabhängigkeitskampf begrüßt und sicherten weiterhin ihre Unterstützung zu. In den USA wurde am 25. Juli 1942 ein „Austrian Day“ zur Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus begangen. Der demokratische Senator Claude Pepper sprach davon, dass Österreich auf höchster politischer Ebene ein „blood sacrifice“ erbracht hatte und die Regierung, das Bundesheer und das Volk dem Sturm der Nationalsozialisten damals widerstanden hatten. Letztendlich wurde auch in der Moskauer Deklaration der Alliierten vom 30. Oktober 1943 die Wiederherstellung der Souveränität Österreichs mit seinem Abwehrkampf gegen Hitler-Deutschland und seinem damals noch tragisch aktiven Widerstand begründet. Der Professor für internationale Politik in München, Dr. Gottfried-Karl Kindermann, schrieb mehrere Werke über diesen Kampf, wobei die genaueste Darstellung in seinem 2003 erschienen Buch



Foto: Tancsits / REUTERS www.tagesschau.de

**20. Juli 2024. In Deutschland gedenken der Bundespräsident, das Parlament und die Regierung der Opfer des Abwehrkampfes gegen Hitler. In Österreich gibt es das schon lange nicht mehr.**

„Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933-1938“ zu finden ist.

### Geschichtsunterricht verbessern

Es ist daher höchst verwunderlich, dass heute diesem Abwehrkampf Österreichs im Inland so gut wie nicht gedacht wird. Für mich ist es undenkbar, dass in irgendeinem anderen Land ein solcher Sieg gegen den Nationalsozialismus weder feierlich begangen noch im Geschichtsunterricht behandelt würde. Ich halte es auch für pädagogisch falsch, den Kindern und Jugendlichen zwar mit Exkursionen in Konzentrationslagern den Schrecken des Nazi-Terrors zu demonstrieren, jedoch in der Abwehr und dem Widerstand die Rolle Österreichs zu verschweigen. Hier weckt das neue Buch des Lehrbeauftragten Paul Mychalewicz „Der bürgerliche Widerstand gegen das NS-Regime. Sein Beitrag zur Nationswerdung Österreichs von 1918 bis 1945“ die Hoffnung auf eine vernünftige Unterrichtsgrundlage. Dies ist sehr wichtig, da ja in den letzten Jahrzehnten wesentliche und seriöse historische Aufarbeitungen des österreichischen Staatswiderstandes

gegen den Nationalsozialismus verschwiegen und vertuscht werden. In diesem Zusammenhang kann man die schon erwähnten Arbeiten von Gottfried-Karl Kindermann und Kurt Bauernennen, sowie die älteren von Gerald Stourzh oder Gordon Brook-Shepherd, „Die blinden Flecken der Geschichte“ von Gudula Walterskirchen, genauso wie ihre einschlägigen Memoiren oder auch das erst 2022 erschienene Buch von Willi Sauberer „Die gescholtene Kriegsgeneration. Eine Rot-Weiß-Rote Faktensuche“.

### Österreichs Abwehrkampf nicht mehr vertuschen

Warum verschweigt man in Österreich die fast fünf Jahre erfolgreiche Abwehr der nationalsozialistischen Machtübernahme? Man kann das mit dem „Nicht mehr zur Wehr setzen“ im März 1938 erklären. Dabei ist aber auch zu bedenken, dass alle bisherigen Unterstützer der Selbständigkeit Österreichs aufgrund ihrer falschen Appeasement-Politik Hitler freie Hand gegeben haben. Ein weiterer Grund ist die innenpolitische Betrachtung des autoritären Regimes. Dieses setzte Nationalrat und Wahlen aus, strebte

eine NS-blockierende Verfassungsreform an und, als diese nicht zu Stande kam, ließ sie im Alleingang mit der ständestaatlichen Verfassung die Herrschaft absichern. Im Februar 1934 kam es zur Niederschlagung eines Aufstandes des republikanischen Schutzbundes mit dem darauf folgenden Verbot der Sozialdemokratie. Natürlich ist die Kritik an der fortgesetzten Ausschaltung des Nationalrats verständlich, genauso wie die Fehlentscheidungen nach dem Februaraufstand. Meiner Ansicht nach war es ein solcher Fehler, die Sozialdemokratie total auszuschalten, statt zu versuchen, mit den Aufstandsgegnern innerhalb der sozialdemokratischen Partei einen Konsens zu finden. Und das waren gar nicht so wenige, wie etwa die Vorarlberger und die Kärntner Landesorganisationen oder auch die Freien Gewerkschafter, welche den intern geforderten Generalstreik nicht auslösten. Auch die Verhaftung von Bürgermeister Karl Seitz war so ein Fehler, welcher erst einige Wochen davor dem französischen Gesandten erklärt hatte, dass er den Kampf der Regierung gegen den Nationalsozialismus unterstützen wolle. Die Hinrichtung einiger

am Aufstand Beteiligten führte dann zur geschlossenen Verweigerungshaltung der Sozialdemokratie.

Dennoch ist es bemerkenswert, dass heute des Februars '34 gedacht wird, das autoritäre Regime und seine Vorgehensweise aber kritisiert werden, ohne auch nur ein Wort über den Abwehrkampf gegen Hitler-Deutschland zu erwähnen. Wenn wir heute einen Blick auf die Ukraine werfen, sehen wir auch die eine oder andere wohl berechnete innenpolitische Kritik an Wolodymyr Selenskyj, insbesondere, was den Umgang mit sprachlichen Minderheiten betrifft. Personen, die diese Kritik üben, aber mit keinem Wort erwähnen, dass die Ukraine unter der Führung Selenskyjs im Abwehrkampf gegen Russland steht, sind mir unheimlich. Diese Betrachter werden oft zu Recht als Putin-Versteher bezeichnet. Ich empfehle daher in Österreich, die Kritiker des autoritären Ständestaates, welche mit keinem Wort den Staatswiderstand gegen den Nationalsozialismus erwähnen, künftig als „Hitler-Versteher“ zu bezeichnen.

**Walter Tancsits** ■  
Ehem. Abg. z NR

# Gedanken zur Nationalratswahl 2024

**Wie wir wissen**, kämpft die ÖVP darum, nach dem 29. September 2024 weiterhin die führende Kraft in der Regierung zu sein, das heißt den Bundeskanzler zu stellen. Dafür stehen Bundeskanzler Nehammer und Generalsekretär Dr. Stocker an vorderster Front. Es gilt daher, in der öffentlichen Diskussion zu verdeutlichen, warum gerade die ÖVP unsere Werte vertritt und andere Parteien nicht. Wodurch unterscheiden sich also die anderen Parteien von der ÖVP und warum kommt eine Stimme für die anderen Parteien nicht in Frage?

Die Politiker der Volkspartei haben ihre Erfahrungen in den unterschiedlichen Koalitionen gemacht, zuletzt mit den Grünen. Es ist durchaus bemerkenswert, was die ÖVP in den letzten fünf Jahren in der Regierung zustande gebracht hat. Die Pandemie wurde nicht perfekt, aber doch mit Anstand gemeistert. Einige Fehler erkennt man heute, aber wer hat alles vor drei oder vier Jahren schon so genau gewusst? Auch Experten haben manchen falschen Rat gegeben.

Was ist seither gelungen? Die kalte Progression wurde praktisch abgeschafft. Viele Regierungen haben dies zuvor schon versucht, es ist ihnen aber nie gelungen. Ebenso werden nunmehr die Sozialleistungen an die Inflation angepasst. Das ist ein Fortschritt, den auch die einschlägigen Organisationen, die sonst so kritisch gegen die ÖVP eingestellt sind, uneingeschränkt anerkennen. So konnte Bundeskanzler Nehammer beim Sommergespräch stolz verkünden, 85% des Regierungsprogramms wären umgesetzt worden.

Was nicht gelungen ist, haben im Wesentlichen die Grünen zu verantworten. So waren sie etwa nicht bereit, die nötigen Reformen gerade im Justizwesen durchzu-

führen. Grüne Politiker haben überhaupt ein Problem mit dem Rechtsstaat, genau genommen vor allem Politikerinnen. Insbesondere Ministerin Leonore Gewessler glaubt, sich über alle Vorschriften hinwegsetzen zu können. Schon vor einiger Zeit meinte sie, das Bundesstrafengesetz nicht einhalten zu müssen und sie es sich aussuchen könnte, ob der Lobau-Tunnel an der Grenze von Wien und Niederösterreich gebaut wird oder nicht. Sie nimmt auch nicht zur Kenntnis, wenn sie verpflichtet ist, sich mit anderen Ministerien abzustimmen. So schickte sie – ohne mit Europa-ministerin Karoline Edtstadler das Einvernehmen herzustellen – den österreichischen Energie- und Klimaplan an die EU-Kommission in Brüssel. Erst kürzlich konnte eine überarbeitete, gemeinsame Version der Bundesregierung übermittelt werden.

Den Fass den Boden ausgeschlagen hat aber das Verhalten der grünen Ministerin in der Frage der EU-Verordnung zur Renaturierung. Wir erinnern uns: Sie hat eigenmächtig im Rat der EU-Umweltminister der Verordnung zugestimmt und damit dem Antrag des belgischen Vorsitzes die nötige Mehrheit von 55 Prozent der EU-Staaten und 65 Prozent der EU-Bevölkerung verschafft. Damit hat sie sich über einen Beschluss der Landeshauptleute hinweggesetzt. Denn – entgegen anderslautenden Behauptungen – wurde dieser nie geändert. Ebenso hat sie nicht das nötige Einvernehmen mit Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig hergestellt.

Justizministerin Alma Zadic hat in ihrem Ressort nicht für Ordnung gesorgt. Das zeigt sich an höchst eigenartigen Entscheidungen von Staatsanwaltschaften und an ihrem problematischen Verhalten in Fragen der Suspendierung von höchsten Beamten.

Auch der Bundessprecher der Grünen, Werner Kogler, demonstrierte, dass seine Partei nicht paktfähig ist. Es ist völlig selbstverständlich, dass bei so bedeutenden Personalentscheidungen wie der Nominierung des EU-Kommissars, bei Koalitionsgesprächen Vereinbarungen getroffen werden. Wer solche Absprachen nicht einhält, zerstört die Vertrauensbasis in einer Zusammenarbeit. Auch diese lange Verzögerung der doch noch erfolgten Zustimmung hat dem Ruf Österreichs in anderen europäischen Ländern geschadet. Wer also bei der Nationalratswahl eine Stimme für die Grünen abgibt, unterstützt damit so ein unzuverlässiges Verhalten. Andererseits ist es schwer vorstellbar, dass sich in nächster Zeit die ÖVP eine Koalition mit so einer Partei antun will.

Zur FPÖ fällt wenig Positives ein. Was hat sie bisher für unser Land geleistet, außer immer wieder gegen alles zu sein? Im Fernsehen präsentiert sich Parteiobmann Herbert Kickl als Volkskanzler. Gerade in Zeiten der Pandemie wäre es aber Aufgabe einer Partei mit Regierungsambitionen gewesen, Verantwortung für den Staat zu übernehmen. Tatsächlich hat insbesondere Herbert Kickl selbst alles versucht, um aus der schwierigen Situation mit der gesundheitlichen Gefahr für die gesamte Bevölkerung maximalen politischen Gewinn herauszuschlagen. Jetzt irritiert er auf einem Wahlplakat mit einer Anspielung auf ein zentrales christliches Gebet. Für religiöse Menschen muss das abstoßend wirken.

Die SPÖ hat ihre beste Zeit als Oppositionspartei schon hinter sich. Als die Umfragewerte unter Pamela Rendi-Wagner noch günstig waren, wurde sie in Turbu-



Dr. Norbert Kastelic

lenzen vor, auf und nach dem Parteitag im Juni 2023 an der Spitzenposition abgelöst. Danach ging es mit den Sozialdemokraten nach links und bergab. Dass die verhaltensauffälligen Selbstdarstellungen des neuen Parteivorsitzenden kontraproduktiv sind, haben maßgebliche Granden in der SPÖ schon bemerkt und denken wohl schon an die Zeit nach der Nationalratswahl. Es ist daher nicht auszuschließen, dass sich parteiintern ab dem 30. September wieder vernünftige Kräfte durchsetzen.

Durchwachsen ist das Erscheinungsbild der NEOS. In Wirtschaftsfragen vertreten sie oft plausible, rationale Positionen. Gesellschaftspolitisch finden sich aber bei Ihnen nicht wirklich erklärbar linke Ideen. Warum man als angeblich liberale Partei Verfechter der Gesamtschule sein muss, ist nicht recht verständlich. Völlig abwegig war aber das geradezu rabiate Agieren in den gegen die ÖVP gerichteten Untersuchungsausschüssen. Damit wurde das Klima unnötig vergiftet. Eine entsprechende Abkühlung wäre diesbezüglich angebracht.

Wenn man all dies bedenkt, ist die Stärkung der Mitte und damit einer christlich-demokratischen, konservativen und bürgerlichen Weltanschauung in der Regierung, nur mit einer Stimme für die ÖVP möglich.

## Ehrung für Robert Bernardis

Am 8. August fand die feierliche Enthüllung der Gedenktafel für Robert Bernardis statt. Drei Teilnehmer unserer Organisation mit unserem LO Clemens Hornich nahmen an der Veranstaltung teil. Robert Bernardis war ein österreichischer Widerstandskämpfer, am 7. August 1908 geboren in Innsbruck. Bernardis trat 1928 in das Militär ein und wurde später Oberstleutnant im Generalstab der deutschen Wehrmacht. Während des Zweiten Weltkrieges schloss er sich dem militärischen Widerstand gegen das NS-Regime an. Er spielte eine bedeutende Rolle beim Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944, indem er die Operation Walküre in Berlin und Wien unterstützte. Nach dem Scheitern des Attentats wurde Bernardis am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Seine Entschlossenheit und sein Mut, trotz der hohen persönlichen Risiken gegen das NS-Regime zu kämpfen, machten ihn zu einem bedeutenden Widerstandskämpfer. **PM** ■



Gedenktafel  
Robert Bernardis

## Zum 80. Todestag von Dr. Jakob Kastelic

Am 10. Mai dieses Jahres fand eine Gedenkmesse des Anrather Kreises für die Opfer der österreichischen Freiheitsbewegungen in der Kirche Alservorstadt statt.

Der 10. Mai wurde gewählt, weil an diesem Tag im Jahre 1944 fünf führende Mitglieder der österreichischen Freiheitsbewegungen hingerichtet worden waren (siehe Freiheitskämpfer – Nr. 72 – Juni 2024, Seite 2). Dr. Jakob Kastelic' Exekution fand knapp drei Monate später, am 2. August 1944, im Wiener Landesgericht statt. Er war Anführer der Großösterreichischen Freiheitsbewegung und kann zurecht als einer der Väter des österreichischen Widerstands bezeichnet werden. Kastelic wurde am 4. Jänner 1897 geboren und war damit um einige Jahre älter als die Anführer der anderen beiden Freiheitsbewegungen, Scholz und Lederer.

Alle drei wurden Opfer desselben Denunzianten, nämlich des sonst wenig erfolgreichen Burgschauspielers Otto Hartmann. Er hatte sich in die Frei-

heitsbewegungen eingeschlichen und sie ausspioniert. Dieses Wissen nützte er für Anzeigen bei der Gestapo. In der Folge wurden im Juli 1940 alle drei Anführer der Freiheitsbewegungen verhaftet. Bis in das Jahr 1941 traf etwa 240 Personen dasselbe Schicksal. Das Bemerkenswerte ist, dass in den drei Bewegungen etwa 1000 Personen tätig waren und demnach drei Viertel dieses Widerstandskreises nicht entdeckt wurden. Dies ist auf die Tapferkeit und Standfestigkeit der Verhafteten zurückzuführen, die ihre Kameradinnen und Kameraden nicht verraten haben.

Nach langer Haft und dem Weg durch mehrere Gefängnisse kam Jakob Kastelic wieder nach Wien, wo ihn der Prozess erwartete, der am 1. März mit dem Todesurteil endete. Auch alle Versuche, eine Begnadigung zu erlangen waren erfolglos. Was blieb, war ein Besuch seiner Schwester, bei dem er zuletzt noch kurz seinen jüngeren Sohn Gerhard durch die halboffene Tür sehen konnte. Pater Johann Bruckner, ein Freund der Familie, konnte dem tiefgläubigen Katholiken noch die Generalabsolution erteilen.



Mit diesem Wissen, aber noch ohne Begräbnis – denn der Verbleib seines Leichnams war noch unbekannt – organisierte die Bezirksgruppe Penzing der ÖVP am ersten Jahrestag, also am 2. August 1945 einen Trauergottesdienst in Form einer

Chormesse im Kalasantinerkollegium in der Reingasse. Daran schloss sich eine musikalisch und literarisch umrahmte Gedenkveranstaltung.

Das eigentliche Begräbnis fand erst nach Auffindung des Leichnams von Kastelic in der

▶ Wiener Anatomie unter großer Anteilnahme der Bevölkerung am 27. Oktober 1945 am Penzinger Friedhof statt. Nach Einsegnung durch Prälat Josef Wagner begleitete ein langer Trauerzug den Sarg. Das öffentliche Leben war hochrangig vertreten. So befanden sich unter den Trauergästen Unterstaatssekretär Karl Lugmayer und der damalige Vizebürgermeister und spätere Nationalratspräsident Leopold Kunschak. Dieser hielt auch am Grab die Ansprache.

Es ist wichtig, auf beide Veranstaltungen entsprechend hinzuweisen, weil sie damals keineswegs

selbstverständlich waren. Denn es dauerte oft einige Zeit, bis Widerstandskämpfern die ihnen zustehende Würdigung zuteil wurde. Daher war es bemerkenswert, dass die Gedenkveranstaltung bereits am 2. August 1945 zum ersten Todestag Kastelic' stattfand. Ebenfalls ist die große Anteilnahme am Begräbnis bald danach erwähnenswert. Wir sollten auch auf solche frühen Beispiele der Anerkennung hinweisen und nicht bedauern, dass erst 2022 ein „Stein der Erinnerung“ vor dem ehemaligen Wohnhaus von Kastelic in Wien 14, Troergasse 3 enthüllt wurde. **PM** ■




Mag. Paul Mychalewicz  
**Der bürgerliche  
Widerstand gegen  
das NS-Regime**

160 Seiten  
Klebegebunden  
Verkaufspreis: € 19,90  
zzgl. Versandkosten

**Bestellbar unter:**  
[office@pv-perfect-s.com](mailto:office@pv-perfect-s.com)  
pv perfect S GmbH  
Dückerstraße 7-9/3/36  
A-1220 Wien



Geliebte, wenn mein Geist geschieden,  
So weinst mir keine Träne nach!  
Denn, wo ich wohle, dort ist Frieden,  
Dort leuchtet mir ein ew'ger Tag.  
*Annette von Droste-Hülshoff*



In tiefer Trauer geben wir Nachricht, dass unsere liebe, unvergessliche Mutter,  
Großmutter, Tante, Großtante, Cousine und Freundin, Frau

## Dkfm. Edith Schwarz

geb. Wimmer

Montag, den 29. Juli 2024, nach langer Krankheit, im 103. Lebensjahr  
friedlich von uns gegangen ist.

Die liebe Verstorbene wird auf dem Wiener Zentralfriedhof, Halle 1  
(Eingang 2. Tor, 1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 234-240) aufgebahrt  
und Montag, den 12. August 2024, um 11 Uhr  
nach feierlicher Einsegnung in der Familiengruft zur Ruhe gebettet.

In Liebe und Dankbarkeit

**Veronika**  
Tochter

**Alexander**  
Enkel

im Namen aller Verwandten

Wien, im Juli 2024

BESTATTUNG WIEN • WWW.TRAUERPORTAL.AT

## Dkfm. Edith Schwarz verstorben †

Frau Dkfm. Edith Schwarz, geb. Wimmer, wurde am 19. Dezember 1921 in Horn, Niederösterreich, geboren. Sie war die Tochter eines höheren Bankangestellten und wurde bürgerlich-konservativ erzogen. Sie besuchte ein Gymnasium und schloss nach 1945 ihr Studium ab.

Frau Dkfm. Schwarz lebte ab 1925 in Wien. Sie gehörte ab 1939 der Widerstandsgruppe „Österreichische Bewegung/Gruppe Theiß“ an. Ab 13. Februar 1940 war sie für vier Monate in Haft. Am 17. Dezember 1941 wurde vom Sondergericht Wien wegen des Verbrechens „Neubildung von Parteien“ zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, wobei die Strafe durch U-Haft bereits als verbüßt galt.

Nach dem Studium übte Frau Dkfm. Schwarz führende Funktionen in der österreichischen Wirtschaft aus. Sie war langjährige Mitarbeiterin in der Kameradschaft und übernahm auch die Tätigkeit als Kassierin. Mit ihr ist die letzte aktive Widerstandskämpferin aus den Reihen der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten von uns gegangen.

**PM** ■

(Quellen: DÖW, mündliche Mitteilungen).

## Generalversammlung Landesverband Wien

Die **Generalversammlung** des Landesverbands Wien fand ordnungsgemäß nach Ende der dreijährigen Funktionsperiode statt. Nach Änderung der Statuten wurde der Kreis der Landesobmannstellvertreter auf vier erweitert. Die Erhöhung des Mitgliedsbeitrags von €10,- auf €15,- blieb moderat. Die Diskussion nach den Berichten war traditionellerweise engagiert und lebhaft. Das zeigte, dass die Kameradschaft den Mitgliedern nach wie vor ein Anliegen ist. Wegen einer schweren Erkrankung kann der langjährige Kassier, Mag. Franz Stabler, seine Funktion nicht mehr ausüben. Für seine überaus zuverlässige Tätigkeit gebührt ihm besonderer Dank. ■

**Gewählter Vorstand** bei der Generalversammlung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich Landesverband Wien am 20. Juni 2024

**Landesobmann:** KASTELIC Dr. Norbert  
**Stellvertreter:** FIGL BV MMag. Markus, KROIHER Mag. Markus, WAGNER Gabriele, WOHNOUT Dr. Helmut  
**Kassier:** WAGNER Gabriele  
**Kassier-Stv.:** NEUMAYER Doris  
**Schriftführerin:** STRASZNICZKY Helma  
**Schriftführer-Stv.:** FALZEDER Mag. Irene  
**Beisitzer:** WINTERSTEIN DI Werner  
**Rechnungsprüfer:** HAUER-PAWLIK Peter, RANETZKY Mag. Rainer  
**Schieds- und Ehrengericht:** KASTELIC Dr. Gerhard, DVORAK Fritz, LACKNER Dr.med. Franz

# Neugestaltung des Weiheraumes im Wiener Landesgericht

Am Dienstag, dem 25. Juni 2024 erfolgte endlich die mehrmals verschobene Eröffnung des neugestalteten Weiheraumes im Landesgericht Wien. Diese wurde mit beeindruckenden Referaten in großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichtes eingeleitet.

Dort sprachen in zeitlicher Folge:

- Begrüßung durch den Präsidenten des Landesgerichtes **Mag. Friedrich Forsthuber**
- Geleitworte **Dr. Winfried Garscha**, Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen“
- Einführung in die Dauerausstellung zur Gedenkstätte **MMag. Dr. Andres Kranebitter**, wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes
- Eröffnung der Ausstellung durch die Bundesministerin für Justiz Dr.in Alma Zadic, LL.M.

Danach besichtigten die Eingeladenen die beiden neuge-

stalteten Weiheräume im Erdgeschoß des Landesgerichtes. Über die Neugestaltung wurde mit der ARGE der Opferverbände monatelang verhandelt, da über Wunsch des Justizministeriums im eigentlichen Hinrichtungszimmer alle Personen, die von der NS-Justiz in den Jahren 1938 – 1945 umgebracht worden waren, hätten vermerkt werden sollen, also auch Kriminelle, Queere Personen etc. Dagegen protestierten die in der ARGE zusammengeschlossenen Verbände (ÖVP-Kameradschaft, Sozialdemokraten, KZ-Verband) unter der Leitung von Herrn Dr. Winfried Garscha wiederholt ganz energisch – mit Erfolg.

Der Hinrichtungsraum bleibt vollkommen unberührt, und die schon jahrelang bestehende Tafel mit den aus politischen Gründen umgebrachten Freiheitskämpfern blieb unverändert erhalten.

Hingegen wurden, im bisher als Garderobe genutzten Vorraum, sämtliche Namen der Hingerichteten auf langen Wandtafeln aufgenommen. Dabei wurden die Namen aller Wider-



Foto: Landesgericht Wien



Vorraum der Hinrichtungsstätte

Gang – Eingang zur Gedenkstätte

standskämpfer fett gedruckt, die Namen aller anderen mit blasser Schrift wiedergegeben. Damit werden beide Gruppen deutlich voneinander geschieden.

Ein erheblicher Teil der Wandtafeln bildet die Opfer der NS-Justiz und deren verab-

scheidungswürdige Spitzenleute ab. Insgesamt sahen wir eine beeindruckende Ausstellung, wofür unser besonderer Dank dem tatkräftigen Präsidenten des Landesgerichtes Wien, Mag. Friedrich Forsthuber, gilt.

NK ■



## G E D E N K S T E I N

## Valerie Mathilde Adler

**Geboren:** 30. Mai 1905 in Wien  
**Gestorben:** 23. September 1986 in Wien  
**Beruf:** Beamtin  
**Verfolgung:** Flucht 1938  
 Widerstand 1938 – 1945

**Valerie Mathilde Adler** wird als einziges Kind des Postamtsdirektors Adalbert Viktor Adler und Mathilde Adler, geborene Schück, in Wien geboren. Ihr Vater ist Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg, wo er bis zum Hauptmann avanciert. Bald aus dem Krieg heimgekehrt, verstirbt er im Oktober 1920 an den Folgen seines Kriegsdienstes.

Valerie Adler beginnt 1927 nach ihrer Schulausbildung bei der Wiener Firma Fattinger & Co AG bzw. ihrer Schwesterngesellschaft der Aktiengesellschaft für chemische Industrie als Buchhalterin zu arbeiten. Ihre Mutter verstirbt ein Jahr später im Jahre 1928. Die Hausangestellte Antonie Komarek schlüpft danach in die Rolle der Pflegemutter.

Als Buchhalterin der Firma Fattinger & Co AG erlebt Valerie Adler den Untergang Österreichs durch den Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 12. März 1938. Mit der Okkupation Österreichs durch das Dritte Reich wird das deutsche Gesetz übernommen. Valerie Adler muss daher einen „Ariernachweis“ erbringen. Dabei erfährt sie, dass beide ihre Großeltern Samuel Adler und Katharina geb. Mandl sowie Emanuel Schück und Rosalia geb. Soudek Juden waren und erst ihre Eltern zum

katholischen Glauben konvertierten. Im Sinne der Nürnberger Rassengesetze gilt sie daher als „Volljude“ und kann keinen Ariernachweis erbringen.

Im Bewusstsein der Verfolgung gegen ihre Person entschließt sie sich zur Flucht. Sie verläßt die Firma Fattinger & Co AG am 30. September 1938 und emigriert am 1. Oktober 1938 über die Tschechische Republik in die Niederlande. Ihre 4-Zimmerwohnung wird inklusive des gesamten Inventars von den Nationalsozialisten eingezogen. Sie wird weder Wohnung noch Inhalt jemals wieder zurückbekommen.

Nach ihrer Emigration in die Niederlande arbeitet sie dort ohne Lohn zuerst in einem katholischen Spital als

für den normalen Unterstützungsbeitrag der Niederlande, der auch an nicht-arbeitende Flüchtlinge zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ausbezahlt wird.

Auch nach dem Einmarsch Hitler-Deutschlands in den

werk betreuten rund 1500 deutschen und österreichischen Emigranten in grösster seelischer und materieller Not befanden.

In den Niederlanden erlebt Valerie Adler die Befreiung Österreichs durch die Alliierten

Fräulein Adler gebührt deshalb mit Fug und Recht die Bezeichnung als Widerstandskämpferin gegen das Dritte Reich.

*Peter Lütsche, Stv. Vorsitzender des LV NRW der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regime“*

Niederlande schafft sie es im Dienste des Katholischen Hilfswerks zu bleiben und aktiv gegen das Dritte Reich zu arbeiten.

ten und kehrt 1946 zurück in ihre Heimat. Ihre Pflegemutter Antonie Komarek verstirbt noch im gleichen Jahr. Sie tritt im November 1946 in den Dienst des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und arbeitet an den Botschaften in Den Haag, Bern und Warschau. Im November 1959 kehrt sie nach Wien zurück, nachdem sie an einem Herzleiden erkrankte.

Valerie Adler geht 1970 in den Ruhestand und verstirbt 1986 ledig und kinderlos. Ihre letzte Ruhestätte findet sie im Familiengrab am Dornbacher Friedhof. Das Grab ist jedoch in der Zwischenzeit aufgelassen.

Als einziges Kind meiner Eltern – ohne nähere Verwandtschaft – habe ich erst im Jahre 1938 meine nichtarische Abkunft festgestellt.

*Valerie Adler gegenüber dem Referat Opferfürsorge der Gemeinde Wien*

Küchenhilfe. Später wird sie Mitarbeiterin im „Katholischen Hilfswerk für deutsche und österreichische Emigranten“ in Utrecht. Sie arbeitet

Sie setzte ihre hochverräterische Tätigkeit noch fort, als die deutschen Truppen Holland überfielen und als sich vom bezeichneten Hilfs-



Fotos: Clemens Hornich

LO Kärnten Franz Quendler, BO-Stv. Matthias Denifl, Frau Michaela Kirsch, LO Tirol Clemens Hornich

## Goldegger Erinnerungstage 2024

Gedenkfeier beim Gedenkstein für die Goldegger Deserteure am DI 02./Juli/2024 um 17 Uhr

Am 02.07.2024 war der LV Tirol und Vorarlberg mit drei Kameraden und der LV Kärnten mit LO Franz Quendler bei der Gedenkfeier für die Goldegger Deserteure in Goldegg in Salzburg vertreten. Der leider verhinderte LO von Salzburg Peter Denifl hat einen Kranz im Namen der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich für die Ver-

anstaltung geschickt. Nach zahlreichen Wortmeldungen ergriff auch unser BO Stellvertreter Mathias Denifl das Wort. Denifl erwähnte in seiner Ansprache die Bedeutung solcher Gedenkveranstaltungen und das solche Veranstaltungen den Zweck haben sollen: Niemals vergessen.

Clemens Hornich ■

## Die Rosenberg

Wanderausstellung im Wiener Justizpalast, 26. Juni bis 2. August 2024

Während in Österreich nach 1945 Richter, die während des NS-Regimes tätig waren, wie andere Beamte den Bestimmungen zur Entnazifizierung unterlagen, konnten in Deutschland hochqualifizierte Juristen, die tief in das NS-Regime verstrickt gewesen waren, bis in die 1970er im Justizministerium unbehelligt Funktionen ausüben. Diese völlig unterschiedliche Vorgangsweise ist insbesondere in Österreich kaum bekannt. Darum war es wichtig, dass diese Ausstellung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich gezeigt wurde. Zusätzlich instruktiv waren die wöchentlichen Führungen durch Mag. Friedrich Forsthuber, dem Präsidenten des Landesgerichts

Wien. Dabei erfuhr man, dass nur wenige österreichische Richter 1938 vom NS-Regime übernommen wurden. Diese waren im Wesentlichen frühere illegale Nationalsozialisten. Die große Mehrheit war bürgerlich oder katholisch. Sie wurden als Anhänger des „Ständestaats“ eingestuft und folglich außer Dienst gestellt.

Das Ziel der Wanderausstellung war die Präsentation der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vorgeschichte des deutschen Bundesministeriums der Justiz. Hauptsitz dieses Ministeriums war von 1950 bis 1973 die „Rosenburg“, ein Landhaus in Bonn-Kessenich. Daher erhielt die systematische, wissenschaftliche Bearbeitung dieses Zeitraums den Namen

„Akte Rosenberg“. Die Historikerkommission wurde 2012 eingesetzt und war bis 2016 tätig. Dabei kam zu Tage, dass von den leitenden Juristen des Ministeriums 90 der NSDAP und 34 der SA angehörten. Mehr als 15 Prozent waren vor 1945 im NS-Reichsjustizministerium tätig.

Daraus ist zu ersehen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland im Justizressort erst sehr spät der nationalsozialistischen Vergangenheit gestellt hat. Dann geschah dies allerdings sehr umfassend. Dabei stellten sich auch die Nachwirkungen in dem bereits demokratischen Staat heraus. Die Studie zeigt, wie sehr die handelnden Juristen noch in ihrem alten Denken verhaftet blieben. So wurden

viele Gesetze nur oberflächlich entnazifiziert und die Diskriminierung früherer Opfer wie etwa der Roma und Sinti wurde fortgesetzt. Es gibt aber auch einen Bezug zu Österreich, denn viele Urteile gegen unsere Widerstandskämpfer wurden sowohl im „Altreich“ als auch in der „Ostmark“ von genau solchen Juristen gefällt. Zur näheren Erläuterung der Studie folgt nun ein Auszug aus einer begleitenden Broschüre.

PM ■

(Quellen: Die Rosenberg – Das Bundesjustizministerium im Schatten der NS-Vergangenheit. Begleitbroschüre zur Ausstellung, Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit)

Manfred Görtemaker / Christoph Safferling

## Die Akte Rosenberg

### Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit

Die sogenannte „Rosenburg“ am Venusberg in Bonn-Kessenich – ein Landhaus im neoromanischen Stil, das sich der Bonner Professor Georg August Goldfuß 1831 hatte errichten lassen – war von 1950 bis 1973 der Hauptsitz des Bundesministeriums der Justiz (BMJ). Dies ist in etwa auch der Zeitraum, auf den sich die Tätigkeit der „Unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission beim Bundesministerium der Justiz zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit“ bezog, die im Januar 2012 von der damaligen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eingesetzt wurde. Mit dem Band *Die Akte Rosenberg*, der im Oktober 2016 im C. H. BECK Verlag München erschien, legte die Kommission jetzt ihren Bericht vor<sup>1</sup>.

*Forschungsgegenstand der Kommission war nicht primär die Justiz im „Dritten Reich“, sondern die Frage, wie man im Bundesministerium der Justiz nach 1949 mit der NS-Vergangenheit im eigenen Haus umging: Welche personellen und institutionellen Kontinuitäten gab es? Wie tief war der Bruch 1945/49 wirklich? Und wie sah es mit den inhaltlichen Aspekten der Politik aus? Wurden auch diese, wenn man unterstellt, dass viele der handelnden Personen schon vor 1945 aktiv gewesen waren, vom Gedankengut des Nationalsozialismus beeinflusst? Und wenn ja, auf welche Weise? Um diese Fragen möglichst umfassend sowohl aus historischer als auch aus juristischer Sicht beantworten zu können, war die Kom-*

mission interdisziplinär besetzt – mit einer größtenteils juristischen Arbeitsgruppe an der Philipps-Universität Marburg und einer wesentlich aus Historikern bestehenden Gruppe an der Universität Potsdam. Für ihre Forschungen erhielt die Kommission unbeschränkter Zugang zu den Akten des Ministeriums. Nicht zuletzt galt dies auch für die besonders sensiblen Personalakten, soweit diese den Untersuchungszeitraum betrafen.

*Zum Auswärtigen Amt liegt seit 2010 eine entsprechende Untersuchung vor:*<sup>2</sup> Gleiches gilt für das Bundeskriminalamt, über das 2011 eine Studie erschien.<sup>3</sup> Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz beauftragte am 1. November 2011 auf Initiative des damaligen BfV-Präsidenten Heinz Fromm eine Forschergruppe, die „Organisationsgeschichte des BfV 1950 bis 1975 unter besonderer Berücksichtigung der NS-Bezüge früherer Mitarbeiter in der Gründungsphase“ zu untersuchen; deren Ergebnisse wurden 2015 präsentiert<sup>4</sup>. Weitere Studien zu Ministerien und anderen Institutionen sind in Vorbereitung: zum Bundesnachrichtendienst, zum Bundesministerium der Finanzen, zum Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, zum Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie zum Bundesministerium des Innern.<sup>5</sup>

*Das Bundesministerium der Justiz fügt sich in diese Reihe ein.* Es ist also Teil eines inzwischen sehr weitreichenden Bemühens, die möglichen NS-

Belastungen zentraler Institutionen in der Nachkriegszeit der Bundesrepublik zu erforschen. In die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD wurde 2013 eigens ein Satz eingefügt, in dem mit Blick auf die politischen Absichten der zu bildenden Bundesregierung erklärt wird:

„Die Koalition wird die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bundesbehörden vorantreiben.“<sup>6</sup>

Zwar förderte das BMJ bereits in den 1980er Jahren unter Minister Hans A. Engelhard einzelne Studien, die sich mit möglichen personellen und sachlichen Kontinuitäten zwischen der NS-Zeit und der Bundesrepublik befassen.<sup>7</sup> Es blieben jedoch große Forschungslücken, die erst mit dem Rosenberg-Projekt geschlossen werden sollten. Dabei kam die Initiative aus dem Ministerium selbst. Ähnlich wie im Auswärtigen Amt, in dem Bundesaußenminister Joschka Fischer 2005 eine „Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik“ berufen hatte, war inzwischen im BMJ die Überzeugung gewachsen, dass der Justizbereich in der frühen Bundesrepublik ebenfalls eine nähere Untersuchung erforderte. Die Hausleitung unter Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und nach 2013 unter Bundesjustizminister Heiko Maas unterstützten das Projekt nachhaltig und trugen so dazu bei, dem Vorhaben zu

größtmöglicher öffentlicher Resonanz zu verhelfen.

#### Untersuchungsgegenstände und Arbeitsweise der Kommission

*Untersuchungsgegenstand der Kommission war in erster Linie der Umgang des Bundesministeriums der Justiz und seines Zuständigkeitsbereichs mit den persönlichen und politischen Belastungen, die sich aus dem „Dritten Reich“ ergaben.* Hierbei wurde zunächst erforscht, wie groß der Personenkreis war, der sich in der NS-Zeit bereits aktiv gezeigt hatte und nach 1949 in den Dienst des BMJ übernommen wurde, und welche Kriterien und Maßstäbe bei der Einstellung sowie bei Beförderungen galten. Ein Ausgangspunkt der Untersuchung bildete dabei der im Nürnberger Juristenprozess 1947 entwickelte strafrechtliche Maßstab für das Verhalten von Ministerialbeamten, Richtern und Staatsanwälten. Dabei ging es nicht nur um die Übernahme von Juristen in den Dienst des BMJ, sondern auch um die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Unrecht der NS-Justiz, die Bereinigung der Gesetze von nationalsozialistischer Ideologie und die Strafverfolgung von NS-Tätern durch die Justiz der Bundesrepublik.<sup>8</sup>

*Untersucht wurde ebenfalls die Rolle des BMJ bei der Amnestierung von NS-Tätern und ihrer vorzeitigen Haftentlassung, durch die bis 1958 fast alle Verurteilten freikamen, sowie bei der Erarbeitung des Einführungsgesetzes zum Ordnungswidrigkeitengesetz vom*

24. Mai 1968, durch das die Beihilfestrafbarkeit in bestimmten Fallkonstellationen herabgesetzt wurde, was im Zusammenhang mit der sogenannten Gehilfenrechtsprechung zur rückwirkenden Verjährung zahlloser nationalsozialistischer Gewaltverbrechen mit Ablauf des 8. Mai 1960 führte. Ferner wurde der Frage nachgegangen, inwieweit das BMJ bei der verschleppten Rehabilitierung der Opfer der NS-Justiz mitwirkte – etwa bei strafgerichtlichen Entscheidungen, bei Erbgesundheitsurteilen oder in der Militärjustiz –, so dass die Urteile des „Volksgerichtshofs“ und der Standgerichte erst am 28. Mai 1998 bzw. 17. Mai 2002 durch Bundesgesetz pauschal aufgehoben wurden, Kriegsverratsfälle sogar erst im September 2009.

„Die Unabhängige Kommission stellte ihre Ergebnisse [...] in Symposien und Tagungen vor, um einen kritischen Diskurs zu ermöglichen.“

Wichtige Untersuchungsfelder waren darüber hinaus die Haltung des BMJ zum Alliierten Kontrollrat, etwa zum Kontrollratsgesetz Nr. 1 vom 20. September 1945 über die Aufhebung von insgesamt 24 Gesetzen, Verordnungen und Erlassen aus der Zeit des „Dritten Reiches“, sowie zu den Nürnberger Prozessen der Alliierten nach 1945 und ihren Urteilen, die in der Bundesrepublik bekanntlich weithin umstritten waren. Untersucht wurde schließlich auch die Haltung des Ministeriums zur Zentralen Rechtsschutzstelle (ZRS), die bis 1953 im Geschäftsbereich des BMJ angesiedelt war, ehe sie in den Verantwortungsbereich des Auswärtigen Amtes übergang. Denn die ZRS diente nicht nur der Hilfe für Kriegsgefangene und dem rechtlichen

Beistand von Deutschen, die sich vor Gerichten im Ausland verantworten mussten, sondern betätigte sich bis zu ihrer Auflösung 1968 auch als Instrument zur Warnung deutscher Kriegsverbrecher und erschwerte



damit die 1958 eingerichtete Arbeit der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen.<sup>9</sup>

Es war also ein sehr umfangreicher Themenkatalog, der die Arbeit der Kommission bestimmte. Dabei betrieb sie ihre Forschung nicht in der stillen Stube des Gelehrten, sondern beschritt von Anfang an den Weg der public history. Die Arbeiten und die daraus resultierenden Erkenntnisse wurden in Symposien und Tagungen zur Diskussion gestellt, um die einzelnen Schritte transparent zu machen und bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu einem kritischen Diskurs beizutragen – weit über den begrenzten Kreis der Wissenschaft hinaus. Nicht zufällig stand daher am Beginn der Arbeit, am 26. April 2012, ein Symposium in jenem Saal des Berliner Kammergerichts, in dem 1944 Roland Freisler „Volksgerichtshof“ tagte und in dem sich 1945 das Internatio-

nale Militärtribunal konstituierte, das dann in Nürnberg den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher des „Dritten Reiches“ durchführte. Dort wurde eine erste Bestandsaufnahme vorgenommen, deren Ergebnisse in einem Sammelband nachzulesen sind.<sup>10</sup> Im Februar 2013 folgte ein Symposium über die Verantwortung von Juristen im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Nürnberg-Fürth – also im historischen Saal 600, wo 1945/46 der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher des Nazi-Regimes stattfand und danach auch der sogenannte Juristenprozess, in dem sich von Februar bis Dezember 1947 vornehmlich Beamte des Reichsjustizministeriums und Justizjuristen vor einem amerikanischen Militärgericht verantworten mussten. In diesem Prozess wurde zum ersten Mal die Mitwirkung der Juristen in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung am nationalsozialistischen Justizterror zum Gegenstand eines Strafverfahrens gemacht. „Der Dolch des

Mörders war unter der Robe der Juristen verborgen“ – dieser Ausspruch aus dem Nürnberger Juristenurteil verdeutlicht die Verantwortung der Juristen an dem erschreckenden Ergebnis der Nazi-Diktatur: vieltausendfacher Mord. Referenten bei dem Symposium in Nürnberg waren unter anderem Gabriel Bach und Heinz Düx, die über ihre Erfahrungen berichteten: Bach als Richter am Obersten Gericht Israels und stellvertretender Ankläger im Prozess gegen Adolf Eichmann 1961 in Jerusalem, Düx als Untersuchungsrichter beim Landgericht Frankfurt am Main, wo er von 1960 bis 1963 mit den Auschwitz- und Euthanasieverfahren befasst war. Weitere Veranstaltungen fanden am Institut für Zeitgeschichte in München, im Haus der Geschichte in Bonn, am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, im Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin und in den USA statt: am Deutschen Historischen Institut in Washington und am Leo Baeck Institute in New York, wo besonders das Gespräch mit den jüdischen Verbänden gesucht wurde. ■

#### Fußnoten:

1. Manfred Görtemaker und Christoph Safferling, Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.
2. Eckart Conze / Norbert Frei / Peter Hayes / Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik. Unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegand, München 2010.
3. Imanuel Baumann / Herbert Reinke / Andrej Stephan / Patrick Wagner, Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011.
4. Constantin Goshler und Michael Wala, „Keine neue Gestapo“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek 2015.
5. Einen Überblick über die einzelnen Forschungskommissionen bietet die Studie von Christian Mentel und Niels Weise, Die Zentralen Deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, München/Potsdam 2016.
6. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, „Deutschlands Zukunft gestalten“, 18. Legislaturperiode, 2013, S. 130.
7. Vgl. hierzu ausführlich Manfred Görtemaker, In eigener Sache. Das BMJ und seine Beiträge zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, in: Manfred Görtemaker und Christoph Safferling (Hrsg.), Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme, Göttingen 2013, S. 17–42.
8. BGBl I 2007, 2614 Art. 4 Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts § 1 (2).
9. Vgl. hierzu Oliver Schröm und Andrea Röpke, Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis, 2. Aufl., Berlin 2002.
10. Görtemaker und Safferling (Hrsg.), Die Rosenberg, Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme, Göttingen, 2013.

# Exkursion nach Berlin anlässlich des 80. Jahrestags des 20. Juli 1944

**Am Freitag dem 19. Juli fand sich eine wackere Schar von Mitgliedern unserer Kameradschaft in Berlin ein, um den Feierlichkeiten anlässlich des 80. Jahrestags des 20. Juli 1944 beizuwohnen. Vorab ist anzumerken, dass das Wochenende ausgezeichnet von unseren steirischen Mitgliedern organisiert wurde!**

**D**er offizielle Teil begann Freitagabend mit einem Empfang des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Kai Wegner im Roten Rathaus. Nach einer Präsentation von Projekten Berliner Partnerschulen der Stiftung 20. Juli betonte Wegner in seiner Rede: „Mehr als 200 aufrechte Männer und Frauen haben vor 80 Jahren ein Zeichen des Widerstands gegen das Unrecht gesetzt. Es waren Konservative und Sozialdemokraten, Protestanten und Katholiken, Soldaten und Zivilisten, die bei allen Unterschieden ihrer Weltanschauungen ein großes Ziel verband. Was sie einte, war ihr Mut und ihre Überzeugung, dass die mörderische Herrschaft des Naziregimes, dass das Unrecht und die Gewalt beendet werden müsse. Diese Überzeugung war getragen von der Hoffnung, dass Freiheit stärker ist als Unterdrückung, dass die Menschenwürde stärker ist als das barbarische Morden, dass das Recht stärker ist als Unrecht. Auch wenn das Attentat am 20. Juli scheiterte und viele von ihnen durch die Nazis ermordet wurden: Es siegten am Ende Freiheit, Recht und die Menschenwürde. Der Mut der Männer und Frauen des Widerstandes des 20. Juli 1944 verdient unseren tiefen Respekt und höchste Anerkennung. Sie sind uns Vorbild – für immer.“

Am Samstag, dem Gedenktag selbst, fand bei tropischen Temperaturen um 11:00 Uhr die Feierstunde der Bundesregierung und der Stiftung 20. Juli 1944 im

Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock statt. Während der deutsche Bundespräsident, der Bundeskanzler und fast die gesamte Bundesregierung der Veranstaltung an diesem wichtigen Jahrestag beiwohnten, glänzte beschämenderweise das „offizielle“ Österreich durch Abwesenheit. Es ist unserer steirischen Landesorganisation zu danken, die seit Jahren zeigen, dass uns Österreichern der 20. Juli sehr wohl ein Anliegen ist. Prof. Dr. Robert von Steinau-Steinrück, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung 20. Juli 1944, wandte sich in seiner Begrüßung an die anwesenden Familien der Widerstandskämpfer:

„Unter den Angehörigen möchte ich besonders diejenigen der sog. „Kindergeneration“ hervorheben, diejenigen also, deren Väter und Mütter von den Nationalsozialisten ermordet worden sind. [...] Viele von Ihnen und Euch waren als Kinder nach dem 20. Juli mit Euren Müttern in Sippenhaft. In den 50er und 60er Jahren der alten Bundesrepublik seid Ihr als Kinder von „Verrätern“ aufgewachsen. Die Bundesrepublik tat sich schwer mit der Anerkennung des Handelns der Widerständler. Die sogenannte Rechtsprechung der Nationalsozialisten galt in vollem Umfang weiter. Deshalb gab es z.B. auch keine Renten für die Witwen der wegen Hochverrat hingerichteten Ehemänner. In diesen Kontext fällt auch die



Gründung der Stiftung 20. Juli 1944. Ilse Lotte v. Hofacker, die Ehefrau von Cäsar von Hofacker schreibt im Oktober 1945: „Ich hoffe und glaube, dass den Männern des 20. Juli einmal in der Geschichte der richtige Platz zuteilwird“. Es sollte ein langer Weg werden. Ein Weg, der einen großen Teil der Lebensspanne Eurer Generation gedauert hat. So konnte sich etwa der Deutsche Bundestag erst im Jahr 1998 dazu entschließen, die Urteile des sogenannten „Volksgerichtshofs“ und der Sondergerichte aufzuheben. Doch bei aller berechtigten Kritik möchten wir mit ausdrücklichem

Dank feststellen, dass Deutschland an (selbst-)kritischer Aufarbeitung viel in den vergangenen 80 Jahren geleistet hat. Darauf können wir stolz sein.“ Hier finden sich zahlreiche Parallelen zur österreichischen „Aufarbeitung“ unserer Geschichte im Dritten Reich als auch der Würdigung unserer Widerstandskämpfer.

Dr. von Steinau-Steinrück führte weiter aus: „Es war und ist – im Grunde bis heute – ein Kampf gegen Narrative, die von den Nationalsozialisten geprägt wurden, so etwa der Mythos, am Umsturzversuch sei nur eine „ganz kleine Clique“ von Mili-



Delegation der ÖVP Kameradschaft

tärs beteiligt gewesen. Tatsächlich hat diesen Umsturzversuch ein Netzwerk getragen, zu dem Offiziere genauso gehörten wie Zivilisten, aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, Berufen und Weltanschauungen, von Kommunisten und Sozialdemokraten, über Gewerkschafter bis zu Konservativen. Deshalb ist es uns auch ein so großes Anliegen, immer wieder die Breite des Widerstands hervorzuheben und aus Anlass des 20. Juli auch an den gesamten Widerstand gegen das NS-Regime zu erinnern. also auch an Georg Elser und die Geschwister Scholl, den Kreisauer Kreis, die „Rote Kapelle“, das kommunistische Netzwerk um Anton Saefkow, den Widerstand aus der Arbeiterbewegung ebenso wie den bürgerlichen, den christlichen und den militärischen Widerstand und die vielen auch weniger bekannten Männer und Frauen im Widerstand. Ein weiteres Teilstück des erwähnten NS- Narrativs war, dass die „ganz kleine Clique“ nur aus Männern bestand. Deshalb ist es

so wichtig, dass mit diesem Jahrestag endlich auch dieser Teil des Narrativs angegangen wird: der Deutsche Bundestag hat 2019 ausdrücklich den Widerstand der Frauen anerkannt [...].

Zum 80. Jahrestag möchte die Stiftung 20. Juli 1944 deutlich machen, dass der 20. Juli uns alle angeht. Die Überwindung ideologischer Differenzen ist eine der großen Errungenschaften des deutschen Widerstands. Bei der heute so notwendigen Überwindung der Gräben in unserer Gesellschaft können wir uns daran ein Vorbild nehmen. Der Widerstand muss für unser demokratisches Selbstverständnis traditionsstiftend sein und nicht dagegen. Er mahnt jeden von uns, Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen. Lassen Sie mich mit einem Zitat von Willy Brandt schließen: „Wo die Zivilcourage keine Heimat hat, reicht die Freiheit nicht weit“. Bleiben wir also couragiert!“

Valerie Riedesel Freifrau von Eisenbach, die Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli

1944, widmete ihre Worte den Toten des 20. Juli: „Heute vor 80 Jahren starben in den Nachtstunden im Bendlerblock fünf deutsche Offiziere, die versucht hatten, gemeinsam mit anderen, Deutschland von Hitler und der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus zu befreien. Sie waren am 20. Juli 1944 die ersten, die sterben mussten: Ludwig Beck, Friedrich Olbricht, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Werner von Haefen. Ihre Namen ehren wir auf der Gedenktafel hier im Ehrenhof der Stauffenbergstraße. Sie stehen stellvertretend für alle, die am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 gegen den Nationalsozialismus beteiligt waren. In dieser Stunde gedenken wir aller Menschen, die sich seit 1933 der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft widersetzt haben. Während die große Mehrheit der Deutschen Unrecht und Verbrechen nicht wahrhaben wollte, setzten sie Zeichen des Muts, des Anstands und der Menschlichkeit. Sie waren eine

kleine Minderheit, aber sie kamen aus allen Teilen der Gesellschaft. Es waren Frauen und Männer der Kirchen, der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften und aus den demokratischen Parteien der Weimarer Republik. Es waren Unternehmer, Beamte und Angestellte, Studierende und Professoren, Soldaten unterschiedlichster Dienstgrade. Es waren Menschen, die zwischen richtig und falsch unterscheiden wollten. Sie gingen einen Weg der inneren Prüfung und manchmal auch der Umkehr. Sie handelten in unterschiedlicher Weise, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Überzeugung. Aus Glaubenstiefe, aus Nächstenliebe und Achtung vor der Würde des Menschen boten sie Verfolgten Hilfe und Schutz. Auf Flugblättern prangerten sie das Unrecht an, das in deutschem Namen begangen wurde. In geheimen Zusammenkünften entwarfen sie eine Neuordnung für einen künftigen deutschen Rechtsstaat und suchten Verbündete im Ausland. Sie alle riskierten ihr Leben, ihre Freiheit, ►

► Glück und Zukunft ihrer Familien.

Wir denken an die Menschen, die in Konzentrationslagern und Gefängnissen Folter und Einsamkeit durchleiden mussten und die für ihr mutiges Handeln wie Verbrecher ermordet wurden. Wir denken an jene, die den Freitod wählten, um keine Gefährten zu verraten. Wir gedenken auch derer, die sich weigerten, in Hitlers verbrecherischen Krieg zu ziehen und dafür mit dem Tode bestraft wurden. [...] Wir denken heute auch an ihre Ehefrauen, an junge Verlobte, Eltern und Kinder, die verwaist zurückblieben. Sie gaben ihnen die Kraft zu handeln, ihnen gehörten ihre letzten Gedanken. Wir gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Völkermords. Wir denken an Millionen Juden und Jüdinnen, die in den Vernichtungslagern ermordet wurden, an Sinti und Roma und an alle, die dem grenzenlosen Terror und menschenverachtenden Rassenwahn zum Opfer fielen.

Umso lebendiger bleibt daher unsere Verpflichtung, für die Freiheit des Gewissens und die Freiheit der Meinung Andersdenkender einzutreten und die-



**Bendlerblock, 1933–1945 Oberkommando des Heeres, Bendlerstraße 13**

sen mit Respekt zu begegnen. Umso lebendiger bleibt daher unser Auftrag, uns für die Würde des Menschen einzusetzen. Eine Mahnung an uns Deutsche, aber auch an Europa und an die Welt! Wir denken an unsere Toten in Dankbarkeit und Stille.“

Nach einem späten Mittagessen wohnten wir dem feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr auf dem Paradeplatz des Bundesmi-

nisteriums der Verteidigung bei, bei dem zahlreiche Rekruten Opfer der sengenden Sonne wurden. Den Abend ließen wir bei einem Empfang in der Hessischen Landesvertretung ausklingen, wo wir die Möglichkeit hatten, höchst interessante Gespräche mit den Familien der Opfer des 20. Julis zu führen. Am Sonntag trotzte die steirische Delegation abermals der tropi-

schen Hitze bei einem Besuch des Checkpoint Charlie.

Die Veranstaltung war eindrucksvoll und mitreißend – es ist bedauerlich, dass in Österreich nichts Vergleichbares organisiert wird.

**Mario Strigl** ■

## Die Novembertage werden dieses Jahr am 25.10.2024 stattfinden:

### Gedenkkundgebungen zum Andenken an die Opfer der NS-Herrschaft

**09:00 Uhr** Im Amtshaus Floridsdorf Am Spitz, 1210 Wien

**10:30 Uhr** Im Landesgericht für Strafsachen, Hinrichtungsraum – 1080 Wien, Landesgerichtsstraße 11

**12:00 Uhr** Am Morzinplatz – 1010 Wien, Saltorgasse 6

#### Impressum:

#### Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP  
Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16  
Tel: 01/406 11 44  
Chefredaktion: Mag. Paul Mychalewicz (PM)

Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK)

Fotos: BMAW/Enzo Holey, WStLA, REUTERS, Mario Strigl, Landesgericht Wien, C.H. Beck-Verlag, ÖVP Kameradschaft, ÖVP-Bund

Satz/Umbruch: Tanja Pichler

Druck: druck.at



[www.oevp-kameradschaft.at](http://www.oevp-kameradschaft.at)  
[office@oevp-kameradschaft.at](mailto:office@oevp-kameradschaft.at)